



## **Deutschland muss im Pariser Klimavertrag 100 Prozent erneuerbare Energien und ausreichend Unterstützung für arme Länder veran**

BUND, Greenpeace, Oxfam: Deutschland muss im Pariser Klimavertrag 100 Prozent erneuerbare Energien und ausreichend Unterstützung für arme Länder verankern  
Berlin/Bonn: Konsequenteren Klimaschutz und ausreichende Unterstützung für die vom Klimawandel betroffenen ärmeren Länder fordern der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace sowie Oxfam im Vorfeld des am Montag in Bonn startenden letzten Vorbereitungstreffens zur Pariser Weltklimakonferenz (COP21).  
"Bundeskanzlerin Angela Merkel kann in Paris nicht glaubhaft mehr Klimaschutz fordern wenn in Deutschland gleichzeitig uralte, überflüssige und vor allem klimaschädliche Braunkohlekraftwerke in eine extrem teure sogenannte Reserve verschoben werden. Klimaschutz heißt Kohleausstieg, auch und gerade in Deutschland. Schafft es die Staatengemeinschaft nicht, aus fossilen Energien wie Kohle, Öl und Gas auszusteigen, wird es unmöglich sein, die Erderwärmung auf maximal 1,5 Grad Celsius zu begrenzen", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger.  
"Dass die Abkehr von fossilen Energien beschleunigt werden muss, zeigen die Ergebnisse der Klimaforschung. Neun der zehn wärmsten Jahre seit Beginn der Temperaturmessungen wurden in den vergangenen 15 Jahren registriert. Dürren, Stürme und Überschwemmungen nehmen nicht nur an Intensität sondern auch an Häufigkeit zu. Die Folgen des Klimawandels bewegen zudem immer mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat.  
"Ein glaubwürdiges Klimaabkommen muss eine globale Energiewende hin zu 100 Prozent Erneuerbare bis zur Mitte des Jahrhunderts festschreiben. Beim G7-Gipfel in Schloss Elmau hat diese Vision erstmals Gestalt angenommen. Jetzt muss Kanzlerin Merkel dafür kämpfen, dass dieses Langfristziel auch in den Vertragstext aufgenommen wird", so Martin Kaiser, Leiter der internationalen Klimapolitik bei Greenpeace.  
Eine große Lücke im Entwurf für das Pariser Abkommen sehen die drei Organisationen bei der Unterstützung der armen Länder beim Umgang mit den Folgen des Klimawandels und bei der klimafreundlichen Entwicklung. 2009 hatten die reichen Länder versprochen, die Klima-Hilfen bis 2020 auf 100 Mrd. US-Dollar pro Jahr anzuheben. Von diesem Ziel sind die reichen Länder noch weit entfernt. Für die Zeit nach 2020 möchten sie keine Verpflichtungen eingehen.  
"In den armen Ländern richtet der Klimawandel schon heute große Schäden an und verschärft die Armut von Millionen Menschen, die oft kaum oder gar nicht zum Klimawandel beigetragen haben. Die reichen Länder müssen bis zur Pariser Konferenz klarstellen, wie sie ihr 100-Milliarden-Versprechen bis 2020 erfüllen werden. Für die Zeit danach muss der Pariser Klima-Vertrag die reichen Länder einerseits zur weiteren Unterstützung verpflichten. Andererseits muss er angemessene Finanzierungsziele setzen, insbesondere bezüglich der Anpassung an die klimatischen Veränderungen. Das ist kein Akt der Hilfe, sondern der globalen Gerechtigkeit. Ohne ein robustes Kapitel zur finanziellen Unterstützung kann man den armen Ländern nicht empfehlen, das Abkommen zu unterzeichnen", sagt Jan Kowalzig, Referent für Klimawandel und Klimapolitik bei Oxfam Deutschland.

### **Pressekontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

### **Firmenkontakt**

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.